A29

Antrag

Initiator*innen: Malte Ranis (KV Kiel)

Titel: **Ablehnung von dauerhaften Grenzschließungen und Grenzkontrollen mit dem Ziel Migration nach Deutschland zu verhindern.**

Antragstext

Mit Beschluss dieses Antrags fordert der Landesparteitag den Landesverband und die Landtags-Fraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein folgende Punkte öffentlich zu vertreten und politisch zu verfolgen.

Als Landesverband zeigen wir Haltung zu den Plänen von Friedrich Merz und der CDU auf Bundesebene, Grenzschließungen und dauerhaft verstärkte Grenzkontrollen durchzuführen, um Migration nach Deutschland zu verringern.

Diese Pläne lehnen wir ab.

1. Eine pauschale Abweisung von migrierenden Menschen ist rechtswidrig und entspricht nicht dem humanitären Anspruch Deutschlands.

2. Die Kriminalisierung von migrierenden Menschen als Grundlage für diese Forderung ist falsch und faktenfern. Diese Pauschalbeurteilung fördert rechtstendenziöse, fremdenfeindliche Meinungen.

3. Grenzschließungen und dauerhaft verstärkte Grenzkontrollen sind ineffektiv, Mittelverschwendung und überlasten die Polizei. Die notwendigen Gelder und Polizeiressourcen sollten sinnvoller eingesetzt werden.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Als Landesverband möchten wir klar sagen, dass wir die Pläne von Friedrich Merz und der CDU auf Bundesebene ablehnen, Grenzschließungen und dauerhafte Grenzkontrollen durchzuführen, um Migration nach Deutschland zu verringern.

Wir sind gegen diese Pläne.

Es ist unrechtmäßig, Menschen einfach abzuweisen, nur weil sie migrieren wollen. Das widerspricht dem, was Deutschland als humanitäres Land ausmacht.

Die Vorstellung, dass Menschen, die migrieren, grundsätzlich kriminell sind, ist falsch und entspricht nicht der Wahrheit. Diese falsche Sichtweise trägt dazu bei, dass Menschen feindlich behandelt werden und Vorurteile entstehen.

Grenzschließungen und immer strengere Grenzkontrollen sind nicht nur unwirksam und unnötig, sondern verschwenden auch wichtige Ressourcen. Stattdessen sollten die benötigten Gelder und Polizeiressourcen besser für sinnvolle Aufgaben eingesetzt werden.

Begründung

Rechtswidrigkeit und Humanität: Die pauschale Ablehnung von migrierenden Menschen widerspricht dem deutschen und europäischen Recht. Wir garantieren das individuelle Recht von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf Schutz. Deutschland hat sich verpflichtet, Menschen in Not zu helfen und ihnen Schutz zu bieten. Diese humanitäre Verpflichtung muss gewahrt bleiben, um unserem eigenen Anspruch und dem internationalen Ansehen Deutschlands gerecht zu werden.

Falsche Kriminalisierung: Migration an sich ist kein Verbrechen. Migrantinnen und Migranten, die nach Deutschland kommen, tun dies aus verschiedenen, oft sehr schwierigen Gründen wie Krieg, Armut oder politischer Verfolgung. Die pauschale Kriminalisierung dieser Menschen ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, da sie Vorurteile und Feindseligkeit schürt, was zu einem noch stärker werdenden Klima der Intoleranz führen kann.

Verschwendung von Ressourcen: Grenzschließungen und verstärkte Kontrollen sind mit erheblichen finanziellen und personellen Aufwendungen verbunden. Diese Ressourcen könnten viel besser genutzt werden, um tatsächlich wirksame Lösungen für Migration und Integration zu entwickeln. Die Polizei sollte nicht mit Aufgaben belastet werden, die ineffektiv sind, sondern mit denen, die wirklich zur Sicherheit und zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Neben Änderungsanträgen freue ich mich auch über den direkten Kontakt über malte.ranis@gmail.com

Unterstützer*innen

Fabian Gahler (KV Kiel), Inga Asmussen (KV Kiel), Gerd Weichelt (KV Dithmarschen), Jessica Leutert (KV Kiel), Florian Johannsmeyer (KV Kiel), Katrin Lüders (KV Kiel), Susann Groß (KV Steinburg), Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen), Jannik Maximilian Broß (KV Kiel), Oliver Opel (KV Dithmarschen), Nils Heinemann (KV Kiel), Antje Schüren (KV Lübeck), Carmen Lange (KV Lübeck), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Eva-Clarita Pettai (KV Flensburg), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg), Marcel Beutel (KV Ostholstein), Aksel Leimbach (KV Stormarn)